

KdK – Organisation und Aufgaben; OECD-Mindeststeuer

Konferenz der Kantonsregierungen – die Stimme der Kantone

Seit ihrer Gründung vor 30 Jahren ist die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) das Koordinationsgremium der Kantone auf nationaler Ebene. Die KdK vertritt die gesamten Kantonsregierungen. In der KdK tauschen sich die 26 Kantonsregierungen aktiv über nationale Themen aus, welche die Interessen der Kantone betreffen und bringen ihre Anliegen gegenüber dem Bundesrat und dem Bundesparlament ein. Die KdK ist die Stimme der Kantone in Bern.

In unserem föderalen Bundesstaat spielen die Kantone eine bedeutende Rolle und tragen massgeblich zur Stabilität und damit zum Erfolg unseres Landes bei. Es erfüllt mich daher mit Freude und Stolz, dass ich die KdK seit dem 1. Januar 2023 präsidiere und die Kantone vertreten darf.

In den kommenden Jahren stehen verschiedene Herausforderungen und Wei-



in den kommenden Jahren stehen in der KdK verschiedene Herausforderungen an.

terentwicklungen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen an. Namentlich in der Europapolitik, im Bereich der Digitalisierung der Verwaltungen sowie aus aktuellem Anlass im Bereich der Integrationspolitik wird die KdK wichtige Schwerpunkte setzen. Gleichzeitig fördert die KdK den Föderalismus, dies zusammen mit der «ch Stiftung», in deren Leitendem Ausschuss ich als Präsident der KdK mitwirken darf. Gerade in den vergangenen Jahren der Unsicherheit und Krisen wurde und wird der schweizerische Föderalismus intensiv diskutiert, hinterfragt, kritisiert aber immer auch wieder gelobt. In diesen Diskussionen wird oft die Frage aufgeworfen, welche Rolle die Kantone künftig noch spielen sollen und wie die Kantone in der vielfältigen und viersprachigen Schweiz gerade in Krisenzeiten eine stabilisierende Rolle wahrnehmen. Uns wird immer wieder aufs Neue bewusst, dass wir Kantone alle im gleichen Boot sitzen. Ein Boot mit 26 Ruderern, die alle ihre eigenen Erfahrungen und Eigenheiten mitbringen und nur dann zum Ziel kommen, wenn sie sich untereinander koordinieren und zusammen mit dem Bund auf eine gemeinsame Richtung einigen. Als Präsident der KdK setze ich mich auf diesem Boot einerseits dafür ein, dass die Kantonsregierungen gemeinsam ein Ziel definieren und den dafür nötigen Takt absprechen, ohne jedoch ihre jeweiligen Gepflogenheiten aufzugeben. Andererseits stellen wir als Bindeglied zwischen den Kantonen und dem Bund sicher, dass die Richtung für alle passt und die Steuerbewegungen des Bundes auf die Ruderschläge der Kantone und umgekehrt abgestimmt sind.

Aktuelles Beispiel für diese Zusammenarbeit ist die anstehende Volksabstimmung über die OECD-Steuerreform.

In der Schweiz soll die OECD-Steuerreform betreffend Einführung einer weltweiten Mindestbesteuerung für grosse Unternehmensgruppen mittels einer Ergänzungssteuer umgesetzt werden. Betroffen von dieser Regelung sind nur global tätige Unternehmen mit einem weltweiten Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro. Mit der Ergänzungssteuer wird lediglich, aber insbesondere sichergestellt, dass die Steuereinnahmen in der Schweiz bleiben und nicht ins Ausland abfliessen. Die Mehreinnahmen aus den Ergänzungssteuern sollen zu 25% dem Bund zugutekommen, 75% fliessen an die Kantone. Damit können die Einnahmen gezielt dort eingesetzt werden, wo die Steuererhebung zu einem Verlust an Standortattraktivität führt. Das Kantonale Steueramt des Kantons Aargau geht von rund 20 Millionen Franken Mehreinnahmen aus (Kanton und Gemeinden), wobei diese Zahlen mit grosser Unsicherheit behaftet sind, da die internationalen Bestimmungen noch nicht abschliessend geregelt sind.

Da es sich bei dieser Regelung um eine Verfassungsänderung handelt, untersteht die Vorlage dem obligatorischen Referendum. Wird die Vorlage am 18. Juni 2023 vom Stimmvolk angenommen, so tritt die Verfassungsänderung per 1. Januar 2024 in Kraft.

Dieser Argumentation sind auch die Parteien gefolgt. Auch der Parteitag Die Mitte Aargau hat für den Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2022 betreffend Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Markus Dieth, Regierungsrat und Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Regierung und / oder Opposition. Wischiwaschi in Reinkultur.

Tatort Bundeshaus. Sondersession zum CS/UBS-Bankendeal. Was die Linke und die Rechte aufgeführt haben, ist ein Trauerspiel.

SVP, SP und Grüne fühlten sich, als hätten sie einen Alleinanspruch, empört zu sein, dass eine solide Bank auf himmeltraurige Weise an die Wand gefahren wurde, leisteten sich jedoch trotz Gezeter, die Verantwortlichen hätten mehr Verantwortung zeigen müssen, die Verantwortungslosigkeit, die Bankenrettung abzuschliessen, wohlweislich, weil der Entscheid nicht verpflichtend sei.

Hätte der Bundesrat denn einen Konkurs der CS zulassen sollen? Was hätte das bedeutet für die Kontoinhaberinnen und

-inhaber, die Arbeitsplätze, die Schweizer Wirtschaft, die globalen Märkte?

Selbstverständlich muss über die Rolle aller Beteiligten, Bundesrat, SNB, Finma bei diesem Deal Klarheit geschaffen werden, das Parlament wird das tun. Aber wenn es darum geht, weltweit Vertrauen herzustellen, die CS stand schliesslich vor dem Abgrund, ist ein Zeichen gegen die Bankenrettung ein hoch fragwürdiges, im Speziellen auch gegen die Wirtschaft. Und diese verkörpern wir schliesslich alle.

Ausgerechnet die SVP als selbsternannte Top-Wirtschaftspartei, zumindest gemäss einem fantasievollen Rating des Gewerbeverbandes, tut sich mit ihrem vielbeschimpften «sozialistischen Hauptgegner» zusammen! Und die Linke des-

gleichen mit denen, die sie grundsätzlich immer bekriegen. Das müsste eigentlich beiden peinlich sein.

Links wie rechts wollen Regierung sein, spielen aber gleichzeitig im Parlament Opposition gegen die eigenen Mitglieder. Das ist Wischiwaschi in Reinkultur und verheerend für unser bewährtes Konkordanzsystem. Das Erfolgsmodell der Schweiz.

Es braucht bei den Wahlen im Herbst wieder mehr staatstragende Kräfte in der Verantwortung. Dafür setzen wir uns ein. Auf mehr wir und weniger ich. Mehr Konkordanz. Mehr Erfolgsmodell Schweiz. Mehr Mitte.

Marianne Binder-Keller,
Präsidentin Die Mitte Aargau

Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz)

Ombudsstelle für mehr Bürgernähe, weniger Bürokratie

Die Ombudsstelle ist eine unabhängige und niederschwellig zugängliche Anlaufstelle für Personen, die bei Problemen mit der Verwaltung oder Behörden Unterstützung benötigen. Sie arbeitet vertrau-



Als angehende Juristin setzt sich Jacqueline Wick für die Einführung einer Ombudsstelle ein.

lich und kostenlos. Sie hört zu, klärt ab und vermittelt, um bei Konflikten nachhaltige Lösungen zu finden.

Die Ombudsstelle soll Missverständnisse zwischen der Bevölkerung und den Trägern öffentlicher Aufgaben reduzieren und so das Vertrauen in die staatlichen Institutionen fördern.

Die Aufgaben der Ombudsstelle wären die Auskunftserteilung, die Beratung im Umgang mit Behörden, die Vermittlung bei Konflikten und die Abgabe von Empfehlungen an Behörden.

Zuständig wäre die Ombudsstelle für alle Behörden der kantonalen Verwaltung und Staatsanstalten. Gemeinden könnten sich ihr ebenfalls unterstellen.

Folgende Argumente sprechen für die Einführung einer kantonalen Ombudsstelle: Die Ombudsstelle ermöglicht die niederschwellige Klärung von Missverständnissen und Konflikten zwischen Bevölkerung und Staat. Sie verhindert, dass sich Meinungsverschiedenheiten zu langjährigen und teuren Rechtsstrei-

tigkeiten entwickeln. Sie agiert neutral und unparteiisch.

Sieben andere Kantone haben bereits eine Ombudsstelle eingerichtet und machen gute Erfahrungen.

Die Idee zur Einführung einer kantonalen Ombudsstelle geht auf einen Vorstoss der Mitte-Fraktion zurück. Mit dem vorliegenden Gesetz werden die Anliegen der Mitte bezüglich mehr Bürgernähe der Verwaltung aufgenommen und umgesetzt. Die Mitte-Fraktion hat das Ombudsgesetz dementsprechend in der zweiten Lesung einstimmig gutgeheissen. Ebenso die anderen Fraktionen, mit Ausnahme von SVP und FDP. Aufgrund dieser Ausgangslage könnte das Abstimmungsresultat knapp ausfallen. Jede Mitte-Stimme ist für den Erfolg «unserer» Vorlage wichtig.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt für das Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz) einstimmig die Ja-Parole.

Jacqueline Wick, Präsidentin
Die Junge Mitte Aargau

Ja zum Halbstundentakt

Gemäss einer Studie geht man davon aus, dass in den nächsten Jahren rund 11.000 neue Vollzeitstellen im Sisslerfeld entstehen. Ebenso zeigt diese auf, dass dadurch auch der Wohnungsbau zunehmen wird, was unweigerlich zu mehr Mobilität in der Region Fricktal, insbesondere im Bezirk Laufenburg, und noch zunehmenden Verkehrsstaus führt.

2022 hat der Grosse Rat dem Landkauf im Sisslerfeld zugestimmt. Dies unter dem Aspekt, dass der Kanton aktiv in die Planung des im Moment grössten zusammenhängenden Gewerbegebietes im Kanton Aargau, ja sogar in der Nordwestschweiz eingreifen kann. Bereits sind Unternehmen bekannt, welche sehr zeitnah im Sisslerfeld bauen wollen und zwischen 500 und 3000 Arbeitsplätze schaffen.

Die momentane Verkehrssituation im ganzen Fricktal – insbesondere im Raum Rheinfelden, Stein und Laufenburg – ist aber alles andere als ideal. Kilometerlange Staus und Stunden von Stauzeiten sind leider die Realität. Auch eine zusätzliche

Rheinbrücke und neue Strassen werden den Mehrverkehr in keiner Weise «schlucken» können. Zudem braucht dies Landressourcen, was in der heutigen Zeit wider aller ökologischen Forderungen spricht.

Mit dem geforderten Ausbau und der Verdichtung des Bahnangebots der Regio-S-Bahn Stein-Säckingen-Laufenburg wollen wir den Grundstein legen für den Ausbau und die Wiederinbetriebnahme der Rheintallinie Basel-Winterthur. Mit dieser Linie könnten wir einerseits die Bahnlinie Basel-Zürich entlasten und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs vor allem für die Rheingemeinden von Stein bis Kaiserstuhl anpacken. Es ist davon auszugehen, dass zukünftige Arbeitskräfte eher aus dem Raum Singen-Waldshut ins Sisslerfeld kommen. Darum ist es zwingend, diese Rheintallinie wieder zu aktivieren.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt einstimmig mit einer Enthaltung die Ja-Parole für den Verpflichtungskredit «Verdichtung des Bahnangebots der Regio-S-Bahn Stein-Säckingen-Laufenburg».



Alfons Paul Kaufmann setzt sich als Fricktaler Grossrat mit vollem Elan für die Verdichtung des Bahnangebots Stein-Säckingen-Laufenburg ein.

Diese Investitionen sind Investitionen in die Zukunft des Kantons Aargau. Insbesondere schaffen sie die Grundlagen, damit expandierende Firmen im Sisslerfeld auch zukünftig ideale und umweltfreundliche Verkehrsbedingungen haben.

Alfons Paul Kaufmann, Wallbach, Grossrat und Fraktionspräsident

Aargauische Volksinitiative «Klimaschutz braucht Initiative! (Aargauische Klimaschutzinitiative)»

Aargauische Klimaschutzinitiative kostet viel und bringt nichts!

Die Mitte hat dem aktuellen Förderprogramm Energie mit einer Motion im Jahr 2019 den Startschuss gegeben und dieses in der Folge massgeblich mitgeprägt. Die Nachfrage nach Förderungen insbesondere im Bereich Wärmepumpen und Wärmedämmung sind denn auch mas-

siv gestiegen. Zudem hat der Grosse Rat entschieden, auch Fernwärmenetzanschlüsse zu unterstützen. Das alles hat dazu geführt, dass bereits im 2022 über ein Zusatzkredit entschieden wurde, der 70% höher war als der ursprüngliche Verpflichtungskredit.

Konstanz und Verlässlichkeit in der Energieförderung ist wichtig

Die Mitte-Fraktion hat dieser Erhöhung zugestimmt, da sie die Konstanz und Verlässlichkeit in der Energieförderung als zentral erachtet. Neu stehen nun jährlich rund 32 Mio. Franken an Fördergeldern zur Verfügung, wobei der Kanton knapp ein Viertel davon beisteuert. Die kantonale Klimainitiative will diesen Beitrag nochmals massiv aufstocken auf 48 Mio. Franken, wobei der Kanton rund 9 Mio. Franken zusätzlich beisteuern müsste. Das wäre mehr als doppelt so viel wie heute. Es stellt sich dabei die Frage, ob dies dem Klima hilft. Aktuell sind eher das Material und vor allem das Personal die fehlenden Ressourcen und nicht das Geld.

Denn um diese zusätzlichen Mittel auszugeben, wären massiv höhere Förderungen notwendig. Das führt zu starken Mitnahmeeffekten und damit zu einem ineffizienten Einsatz von staatlichen Mitteln.

Sanierungsquote verdreifachen ist utopisch

Die zweite Forderung der Initiative will die Sanierung des Gebäudeparks um den Faktor 3 forcieren. Die Verdreifachung der Sanierungsquote ist völlig utopisch und würde dazu führen, dass noch mehr Handwerker aus dem Ausland rekrutiert werden müssten, um die Häuser zu sanieren, wobei dann immer noch das Material fehlt. Die Initiative ist teuer, unnötig und bringt dem Klima nichts. Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt deshalb für die Aargauische Volksinitiative «Klimaschutz braucht Initiative! (Aargauische Klimaschutzinitiative)» mit 36 Nein zu 3 Ja bei 3 Enthaltungen die Nein-Parole.

Ralf Bucher, Mühlau, Grossrat



Ralf Bucher ist überzeugt, dass die verlangte Verdreifachung der Sanierungsquote völlig utopisch ist.

Heute nicht handeln ist eine verpasste Chance.

Die vom Menschen verursachten klimawirksamen Gase, namentlich CO₂, reichern sich kontinuierlich an und bauen sich kaum ab. Mit einem Anstieg von ca. 20 ppm pro Jahr erreicht der Anstieg des CO₂ bald den doppelten Wert wie noch 1970. Diese Anreicherung verursacht Veränderung im Wassergehalt unserer Atmosphäre und ist letztlich Ursache für Wetterextreme, von Trockenheit bis zu Starkniederschlägen. Der Einfluss des Klimawandels zeigt sich beispielsweise auch bei der Weinlese. Wir ernten heute im Durchschnitt einen Monat früher als noch vor 25 Jahren. Noch offensichtlicher ist dieser beim Rückgang der Gletscher.

Seit dem Pariser Abkommen teilt die Schweiz mit den meisten Ländern der Welt die Überzeugung, dass der CO₂-Ausstoss reduziert werden muss. Die Schweiz soll bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, plant der Bund Massnahmen: Der Ersatz von Öl-, Gas- und Elektroheizungen mit klimaschonenden Heizungen soll mit zwei Milliarden Franken unterstützt werden. Betriebe in Industrie und Gewerbe, die innovative Technologien zur klimaschonenden Produktion einsetzen, sollen von

Fördermitteln in der Höhe von 1,2 Milliarden Franken profitieren.

Die zwingend erforderliche Änderung unseres Energieverhaltens braucht bedauerlicherweise eine staatliche Lenkung. Die Massnahmen sollen aus den allgemeinen Bundesmitteln finanziert werden. Die Vorlage enthält keine neuen Steuern, Gebühren oder Abgaben. Es gibt darin auch keine neuen Vorschriften oder Verbote.

Das «KIG» wurde vom Nationalrat deutlich angenommen und im Ständerat praktisch einstimmig mit 38 zu 4. Nebst den Aspekten der Klimaerwärmung hoben die Befürwortenden insbesondere die Versorgungssicherheit hervor. Die Schweiz importiert rund drei Viertel ihrer Energie aus fossilen Quellen. Der Ukraine-Krieg zeigt, wie gefährlich es ist, von Energieimporten abhängig zu sein. Gegen die KIG-Vorlage wurde von der SVP das Referendum ergriffen.



Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt für das Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) mit 38 Ja zu 2 Nein die Ja-Parole.

Andreas Meier,
Nationalrat, Klingnau

Änderung vom 16. Dezember 2022 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

Ja zur Verlängerung des Covid-19-Gesetzes



Oliver Hunziker ist überzeugt, dass bewährte Instrumente zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie auch weiterhin zur Verfügung stehen müssen.

Die landesweiten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie wurden vom Bundesrat per April 2022 aufgehoben. Da sich der weitere Verlauf der Covid-19-Epidemie jedoch nicht abschätzen lässt und damit bewährte Instrumente zu deren Bewältigung weiter zur Verfügung stehen sollen, muss die Rechtsgrundlage von ausgewählten Massnahmen des grösstenteils bis Ende 2022 befristeten Covid-19-Gesetzes bis Sommer 2024 verlängert werden. Gegen diesen Beschluss von Bundesrat und Parlament haben verschiedene massnahmenkritische Vereine das Referendum ergriffen. Die Argumente sind bekannt. Man sieht die Demokratie in Gefahr und die Grundrechte der Schweizer Bevölkerung. Ausserdem sei die Pandemie jetzt vorbei. Würde die Verlängerung des Covid-Gesetzes jedoch abgelehnt, beträfe dies beispielsweise auch die gesetzlichen Grundlagen für das Covid-Zertifikat oder für das Contact-Tracing, aber

auch die Vorsorgen für den Ernstfall, die Meldepflicht für Bestände von Heilmitteln, Schutzausrüstungen und weiteren für die Gesundheitsversorgung wichtigen medizinischen Gütern oder die Bestimmungen für Massnahmen im Ausländerbereich. Auch die Dringlichkeit der Handlungsfähigkeit bei einem weiteren Aufflackern der Pandemie wäre gefährdet. Es darf keine Lücken geben beim Vollzug. Die Bundeshaushaltsfraktion empfiehlt die Vorlage mit 42 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zur Annahme.

Auch Parteileitung und Parteivorstand Die Mitte Aargau empfehlen ein Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie vom 16. Dezember 2022 (Covid-19-Gesetz).

Oliver Hunziker,
Mitglied Parteileitung, Lenzburg

Mitte – Themen und Positionen stimmen

Elias, du bist von Beruf Wirtschaftsingenieur, 24 Jahre jung und engagierst dich seit 2020 im Einwohnerrat in Buchs. Was hat dich vor Jahren bewogen, in die Politik einzusteigen?

Ich habe in meinem privaten Umfeld viele Leute, welche in verschiedensten Bereichen der Politik aktiv sind oder waren. Unter anderem war auch mein Vater viele Jahre Mitglied des Einwohnerrates in Buchs für die Mitte. Als auf Anfang 2020 ein Mitglied der Mitte-Fraktion in Buchs den Rücktritt bekannt gab, konnte ich als Ersatzkandidat nachrutschen. Bei den Einwohnerratswahlen 2021 wurde ich bestätigt und bin somit seit 2020 im Einwohnerrat vertreten.

Was war für dich der springende Punkt, der Mitte beizutreten?

Die Themen und Positionen, welche bei der Mitte einen hohen Stellenwert haben, decken sich in hohem Masse mit meinen persönlichen Ansichten. Sicherlich gibt es auch Momente, wo ich persönlich andere Ansichten als die Partei habe. Aber im Gesamtpaket stimmt es für mich am besten bei der Mitte. Ich bin kein Unterstützer von Extrempositionen, sowohl links als auch rechts.

Welche Themen sind dir besonders wichtig?

Aktuell wichtige Themen sind für mich eine solide Altersvorsorge sowie generell Themen aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Migration. Eine kontrollierte Asylpolitik, welche Missbräuche in keiner Art und Weise duldet, ist für mich unabdingbar. Gleiches gilt aus meiner Sicht auch für die Sozialsysteme.

Gibt es aus deiner Sicht Themen, in denen wir uns vonseiten Mitte konkreter positionieren sollten?

Momentan kommt mir gerade kein aktuelles Thema in den Sinn, bei welchem



Edith Saner, Grossrätin Die Mitte im Gespräch mit Elias Fricker aus Buchs.



eine konkretere Positionierung notwendig wäre.

Auf welches Erfolgserlebnis im Einwohnerrat bist du stolz? Was ist für dich eher schwierig?

Etwas sehr Gutes finde ich, dass die Idee für einen Pumptrack in Buchs sowohl im Einwohner- als auch im Gemeinderat sehr positiv aufgenommen wurde und wir heute neben der Schulanlage Suhrenmatte einen tollen Pumptrack haben.

Ein aktuell und zukünftig sehr herausforderndes Projekt für die Gemeinde Buchs (und Aarau) wird die Schulraumplanung sein. Es ist von unzähligen Einflussfaktoren geprägt, welche eine hohe Komplexität mit sich bringen. Gleichzeitig ist der Fortschritt unabdingbar, da der Schulraum knapp wird und bestehende Schulhäuser in den nächsten Jahren in grossem Umfang saniert werden müssen.

Was braucht es, dass du weiterhin Interesse am politischen Geschehen hast und dich dafür starkmachst?

Einen freundlichen und respektvollen Umgang miteinander, auch wenn man nicht der gleichen Ansicht ist. Es ärgert mich, wenn sich einzelne Akteure durch Diffamierung von anderen Personen versuchen zu profilieren.

Welchen Tipp gibst du jungen Menschen, die in die Politik einsteigen möchten?

Einfach mal Kontakt aufnehmen, alle Parteien suchen nach jungen und motivierten Leuten. In welcher Form man sich dann schlussendlich einbringt, kann jeder für sich selbst entscheiden.

Edith Saner, Grossrätin Die Mitte und Elias Fricker, Einwohnerrat, Buchs

Parolenspiegel

Eidgenössische Vorlagen

OECD-Mindeststeuer	JA
Klimaschutzgesetz	JA
Covid-19-Gesetz	JA

Kantonale Vorlagen

Aargauische Klimaschutzinitiative	NEIN
Ombudsgesetz	JA
Verdichtung Bahnangebot Regio-S-Bahn	JA

Danke Ruth Humbel

Zu Ende der Dezembersession hat Ruth Humbel ihren Rücktritt aus dem Nationalrat erklärt. Unbestritten gehörte unsere ehemalige Nationalrätin zu den renommiertesten und dossiersichersten Gesundheitspolitikerinnen innerhalb der Bundesversammlung. So präsidierte sie denn auch während der herausfordernden Covid-Zeit souverän die Kommission für soziale Sicherheit. Ruth Humbel hat zahlreichen Vorlagen ihren Stempel aufgedrückt und Abstimmungskampagnen im Gesundheitsbereich und im Bereich der Sozialversicherungen geprägt. Dass nach vielen gescheiterten Versuchen, die AHV zu sanieren, mit der letzten Abstimmung eine Volksvorlage Erfolg hatte, gehört bestimmt zu einem der befriedigendsten Erlebnisse in Ruth Humbels politischer Karriere. Die Mitte Aargau dankt Ruth Humbel herzlich für ihr langjähriges politisches Wirken im Grossen Rat und im Nationalrat.



Marianne Binder-Keller,
Präsidentin Die Mitte Aargau

Die Mitte Aargau dankt Ruth Humbel
für ihre Arbeit als Nationalrätin.

Post CH AG

AZB
5000 Aarau

Bitte reservieren!

Termine 2023

Wirtschaftsgipfel mit Firmenbesuch

Dienstag, 27. Juni 2023, abends

Parteitag Die Mitte Aargau

Dienstag, 24. Oktober 2023, 18.45 Uhr

Café Fédéral Argovia (per Zoom)

Dienstag, 23. Mai 2023, 18.30 Uhr

Montag, 4. September 2023, 18.30 Uhr

Mittwoch, 29. November 2023, 18.30 Uhr

Weitere Termine finden Sie unter
www.diemitteaargau.ch/veranstaltungen

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@diemitteaargau.ch**

Herausgeber

Die Mitte Aargau
Mitgliederzeitschrift

Erscheinungsweise

4–5x jährlich

Jahresabonnement

Fr. 40.–

Auflage

6300 Exemplare

Administration

Sekretariat Die Mitte Aargau
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail

info@diemitteaargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen